

Resolution Dekanatssynode

*Und seid darauf bedacht, zu wahren die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens.
Epheser 4:3*

Für die Nächstenliebe – Gegen Hass und Gewalt

Die Synode des Evangelischen Dekanats Bergstraße betrachtet es mit Sorge, dass die Proteste gegen die Corona-Politik zunehmend von Rechtsextremen inszeniert und instrumentalisiert werden. Die Behauptung, in unserem Land habe sich eine „Corona-Diktatur“ etabliert, geht einher mit der Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Über den Messengerdienst Telegram ist in den vergangenen Monaten anonym mehr als 250mal zur Ermordung von Menschen aufgerufen worden.

Die Synode betrachtet es ebenfalls mit Sorge, dass sich unter dem Deckmantel der Anti-Corona-Proteste Antisemitismus breit macht. An einer unserer Kirchen wurde heimlich ein Plakat angebracht mit der Aufschrift „Für Juden und Ungeimpfte kein Zutritt“. Impfgegner haben sich bei Demonstrationen einen Judenstern an die Brust geheftet oder sogar behauptet, sie fühlten sich wie Sophie Scholl. Dahinter verbirgt sich eine Verschwörungserzählung. Wer sich im heroischen Widerstand gegen die angebliche Corona-Diktatur wähnt und sich dabei in der Tradition von Sophie Scholl sieht, der setzt Demonstrationen gegen die Corona-Politik eines demokratischen Rechtsstaats mit dem Widerstand gegen eine totalitäre Diktatur gleich. Wer dies tut, dem ist die Demokratie offenbar nichts wert.

Die Synode betrachtet Impfen als einen Akt der Nächstenliebe und als einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Pandemie. Die Auseinandersetzung um die Corona-Maßnahmen muss auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse geführt werden.

Die Synode nimmt zur Kenntnis, dass viele Menschen verunsichert sind, welches der richtige Weg aus der Pandemie ist. Zu unseren Gemeinden gehören auch Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen und solche, die ihre Zweifel an den staatlichen Corona-Maßnahmen haben. Viele von ihnen verbinden diese Haltung nicht mit rassistischem und demokratiefeindlichem Gedankengut. Als Kirche halten wir Spannungen aus. Wir bleiben bei aller Verschiedenheit gemeinsam unterwegs und suchen das Gespräch miteinander.

Die Synode appelliert an alle Kritiker der Corona-Politik, sich nicht vor den Karren von Rechtsextremen spannen zu lassen und sich nicht an unangemeldeten „Spaziergängen“ zu beteiligen. Die Kritik an politischen Entscheidungen, der Streit um den richtigen Weg gehören zum Wesen der Demokratie. Protest ist möglich. Demonstrationen können angemeldet und durchgeführt werden. In einer Demokratie gelten Regeln, an die sich alle halten sollten.

Heppenheim, 5. Februar 2022